

Die „Arbeit“ erscheint montags und donnerstags, am Freitag und Sonntag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 4.— M., bei bestmöglicher Postzahlung monatlich 4.60 M., bei Zahlung unter Fortschritt für Deutschland 6.20 M., für Ausland 7.50 M., per Post 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Druckerei: Die „Arbeit“ Druckerei, Henschelstraße 10, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Berliner Arbeiterschaft!

Die Jahrestage der deutschen Revolution werden gewaltig laut! Die letzten Reste eurer damals erkämpften Rechte sollen euch gerade in diesen erinnerungsreichen Tagen entrissen werden. Der große wirtschaftliche Kampf der Metallarbeiter wächst sich zu einem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit aus.

Euer letzter Einfluß, den ihr in den Betrieben noch behalten habt, soll euch entrissen werden. Euer bisherige Bewegungsfreiheit in den Werkstätten und Betrieben will man wieder einengen. Ihr sollt ins Sklavenjoch zurück, unter dem Druck von Anstreibern zu ausfahrenden Höchstleistungen angespannt werden. Den Protestjägern will man euch hemmungslos opfern.

Die Metallarbeiter haben, trotz des siebenwöchigen entbehrungsreichen Kampfes, es mit einer überwältigenden Mehrheit abgesehen, den Raden unter das Joch zu beugen! Wie ein Mann stehen die Zweihunderttausend zusammen! Sie wollen ihren letzten Einfluß in den Betrieben nicht preisgeben, auch nicht um finanzieller Zugeständnisse halber.

Die sozialrevolutionären Parteien, die U. S. V. und R. P. D., unterstützen den jetzt politisch gewährten Kampf. Die Führer der Rechtssozialisten verweigern die Hilfe, obwohl es nach ihren eigenen Worten um das entscheidende Mitbestimmungsrecht geht.

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte Groß-Berlins hat mit noch nie dagewesenem Massenbesuch

einstimmig ihrem Vollzugsrat die Vollmacht erteilt, den Aufruf zu einem allgemeinen Generalstreik für das ganze Groß-Berliner Wirtschaftsgebiet ergehen zu lassen.

Am Mittwochabend, also heute, läuft das Ultimatum an die Unternehmer um Anerkennung der bisherigen Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ab.

Die Gewerkschaftskommission Groß-Berlin nimmt heute abend endgültig Stellung. Nicht nur aus Sympathie für die schwer ringenden Metallarbeiter, sondern im Interesse der gesamten Hand- und Arbeiterarbeit erwarten wir die Zustimmung zur Ausrufung des Generalstreiks.

Arbeiter und Angestellte! Männer und Frauen! Die Stunde der entscheidenden Abwehr, des entschlossensten, erbittertesten Widerstandes gegen Unternehmerwillkür, Ausbeutungsgier und kapitalistische Unterdrückung ist gekommen!

Garri des Kampfes! Haltet euch bereit!

Gewerkschaftskommission — Metallarbeit.

Betriebsverband der U. S. V. Berlin-Brandenburg.

Kommunistische Partei.

Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlin.

Politik und Taktik.

Von Rud. Breitscheid.

Zunächst ein ernstes Wort an den Untersuchungsausschuß, ein sehr ernstes Wort: So wie gestern, darf es unter keinen Umständen weiter gehen, sonst werden die Verhandlungen zu einer Farce, in der der Ausschuß und die Nationalversammlung die ihn eingeleitet hat, die komischen Figuren abgeben.

Die Warnung richtet sich in erster Linie an die Adresse des Vorsitzenden, des deutschnationalen Abgeordneten Warmuth. Der leitete die Untersuchung nicht mehr, sondern ordnete sich dem Zeugen, Herrn von Bethmann Hollweg, unter. Wir wollen nicht an seinem Willen zur Objektivität zweifeln. Aber man konnte sich am Dienstag des Eindrucks nicht erwehren, als leide sein Interesse an der Feststellung der historischen Wahrheit etwas unter dem Wunsch, die Vertreter des alten Systems nicht bloßgestellt zu sehen. Er hielt wichtige Fragen kleinbar für geklärt, wenn der ehemalige Kanzler und der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen ihren Standpunkt zu den Dingen entwickelt hatten. Vielleicht irren wir uns auch, vielleicht reichen nur seine richterlichen Fähigkeiten nicht aus, um Verhandlungen über Gegenstände von so gewaltiger Bedeutung zu führen. Jedenfalls aber muß er mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Zweck der ganzen Uebersicht nicht der ist, den Ministern Wilhelm II. Gelegenheit zu geben, sich durch einseitige Darstellung der Begebenheiten reinzuwaschen.

Aber auch die übrigen Mitglieder der Kommission sind von Schuld nicht freizusprechen. Ihre Fragen trafen gestern durchaus nicht immer die Punkte, auf die es ankam, und mittelbar förderten sie so die Verdunkelungs- und Verschleierversuche der Zeugen. Sie schweben oder liegen vielfach die Präzision vermissen, die notwendig gemacht wäre, um den Wortschwall der Aussagen zu dämmen und das herauszuholen, worauf es wirklich ankam.

Es handelt sich, so begann der Vorsitzende ganz zutreffend, um die vollständige Verantwortung der Kernfrage, aus welchem Grunde das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1918 erfolgt sei, trotzdem die von der deutschen Regierung selbst angeregte Friedensaktion vor der Tür stand. Bethmann hat inzwischen die Akten studiert, und die Voraussetzungen für einen Frieden und eindeutigen Bescheid waren also gegeben. Aber genau wie das letzte Mal, geht der Zeuge um die Klärung der Angelegenheiten herum und redet viel, weil er nichts sagen will.

Vom französischen Diplomaten, dem Prinzen von Tallendard, stammt das Wort, daß die Sprache den Menschen gegeben sei, um ihre Gedanken zu verbergen. Der ehemalige Reichskanzler mag sonst wenig von dem französischen Mannes, der nacheinander die Revolution, Napoleon, den Bourbonen, und dem Orleans diente. Das beweist schon die nicht ohne ironischen Unterton vorgebrachte Bemerkung, daß er sich nicht ganz in die neue Zeit hineinfinden könne. Das eine jedoch hat er von Tallendard gelernt: Man kann viele Worte machen, um die Gedanken und nicht die Gedanken allein, sondern auch die Tatsachen zu verschleiern.

Seine allgemeine Haltung war eine andere als am letzten Freitag. Damals gab er sich gedrückt und verängstigt, diesmal trat er selbstbewußt, ja geradezu herausfordernd auf. Wahrscheinlich haben ihm seine Freunde zu dieser Veränderung der Methode geraten. Er hatte nach einer ersten Verneinung eine schlechte Presse. Gestern ging kein Plan offenbar dahin, sich merkwürdig die Sympathien der Rechten zu erobern, und er war klug genug, zu begreifen, daß sich dieses Ziel am besten durch das Schwärzen der nationalen Fahne erreichen lasse. Mit Pathos erklärte er, als man den schandwürdigen belgischen Deportationen die Rede war, wir sollten die Verbotsmaßnahmen gegen das Völkerverbot nicht nur bei uns, sondern auch bei den Feinden, besonders bei den Engländern, suchen.

Diese Phrase fiel wie manches andere aus dem Munde eines Zeugenabwägers. Hier wäre eine ernste Rüge sehr am Platze gewesen, und wir hätten die Feststellung für angebracht gehalten, daß der Ausschuß die Pflicht habe, die Leistungen und Veräumnisse der deutschen Politik ans Licht zu ziehen, und daß es nicht des Zeugen Sache sei, ihn sozusagen in Anklagezustand zu versetzen.

Natürlich ist es sehr bequem, der Frage der belgischen Deportationen und ihrer Wirkung auf die neutralen Mächte mit sentimentalen Betrachtungen über die Sünden der Feinde aus dem Wege zu gehen, und das Bethmannsche Wandern wird seine Wirkung überall dort nicht verfehlen, wo man vor den eigenen Untaten der Kopf in den Sand zu stecken will. Aber auf der Welt sollten lassen sich diese

Verschiebung des Parteitages.

Da von der Reichsregierung verhängte Sperrung des Verkehrs vom 6. bis 18. November nötig und, den für den 16. November einberufenen Parteitag um eine Woche zu verschieben.

Die Frauenkonferenz kann gleichfalls erst eine Woche später stattfinden. Das Zentral-Komitee der U. S. V. D.

Englische Friedensgeneigtheit.

Amsterdam, 4. November.

Kant „New York Tribune“ berichtet der Londoner „Daily Herald“, er habe die britische Regierung genügt sei, den Vorschlag einer Konferenz zwischen Sowjetrussland und den Alliierten in Erwägung zu ziehen.

Die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens.

Eine neue Note der Entente.

Berlin, 4. November.

Gestern wurde der deutsche Friedensdelegation in Paris eine Note des Obersten Rates überreicht. Die Note führt aus, daß, da bei der alliierten und alliierten Hauptmächte den Vertrag ratifiziert haben, der in den Schlussbestimmungen des Friedensvertrages vorgesehene Zeitpunkt zur Aufstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung werde gebeten, daran teilzunehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage an der Vertrag in Kraft trete und die Zeichen laufe, so habe der Oberste Rat beschlossen, das Protokoll erst dann aufzustellen, wenn die Ausführung der Verpflichtungen durch das Waffenstillstandsabkommen übertragenen Verpflichtungen genau in einem zweiten Protokoll präzisiert sei. Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Es seien noch Lebensmittel und Wagen zu liefern. Die auf russischem Gebiet befindlichen deutschen Truppen seien auch nicht zurückgezogen. Die vollständigen Verzeichnisse der von den Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte seien noch nicht übergeben. Man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow gesunken. Auch in anderen Punkten, die detailliert aufgeführt sind, habe Deutschland seine Pflichten nicht oder nicht voll erfüllt. Der Oberste Rat hat infolgedessen eine Reihe von Strafbestimmungen aufgestellt, darunter die Auslieferung von fünf leichten Kreuzern und von 400 000 Tonnen an schwimmenden Docks, Artillerie, Schleppten und Baggern. Auch soll die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückgehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmaßnahmen angedacht.

Hierzu sind bis zum 10. November benohtmähigte Vertreter nach Paris zu entsenden, welche mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden Uebergangsbestimmungen für die Wahlmungsgebiete usw. zu regeln haben. Der vollständige Text der sehr umfangreichen Note wird morgen veröffentlicht werden.

Die Balkan-Kommission.

Berlin, 7. November.

Am 7. November trifft hier die Interalliierte Kommission für das Balkanum ein. Sie besteht aus 25 Offizieren und 50 Unteroffizieren und Mannschaften. Die Kommission will sich hier zwecks Information einige Tage aufhalten, um dann möglichst umgehend nach dem Balkan abzureisen.

Der Rücktransport aus dem Balkanum.

Berlin, 4. November.

Nach Meldung eines vom Reichswehrministerium in das Balkanum entsandten Offiziers haben sich bisher von den zu den Russen übergetretenen Formationen insgesamt 5500 Mann zur Heimkehr entschlossen. Die Transportbewegung der zur Rückkehr bereiten Truppen aus der Gegend von Schulin soll nach Abschluß des Vertrages mit den Alliierten am 8. 11. beginnen.

Der patriotische Höl.

T. U. Paris, 4. November.

Auf dem Friedhof von Greff haben sich anlässlich der am 3. November stattgefundenen Gedenkfeier für die gefallenen Soldaten schwere Zwischenfälle ereignet. Der sozialistische Bürgermeister von Paris hielt eine Rede mit durchaus bolschewistischer Tendenz, worauf er beim Verlassen der Tribüne mit dem Ruf Vive la France empfangen und angegriffen wurde.

Amnestie — in Oesterreich.

Wien, 4. November.

Die Amnestie-Vorlage, welche der Nationalversammlung anlässlich des Jahrestages der Proklamierung der Republik unterbreitet wurde, ist unvollständig als alle bisherigen Amnestien.

Das Befinden des Genossen Haase.

Der Zustand des Genossen Haase ist im allgemeinen unbedenklich. Die Temperatur betrug gestern abend 39,1, der Puls zählte 118. Ein Versuch, das Fieber zu mindern, blieb leider erfolglos. Die Schwäche des Patienten war besonders groß. Geheimrat Bisping beobachtet ständig Herz und Lunge des Genossen Haase, und hat wiederum festgestellt können, daß die Bekanntheit beider Organe gut ist. Heute wird der Verband wieder gewechselt.

Niederträchtigkeiten auf solche Weise nicht, und Herr von Bethmann selbst vermag sich auch dadurch nicht zu rechtfertigen, daß er des längeren und breiteren von seinen vergeblichen Bemühungen redet, in Einzelheiten die Grausamkeit der Verurteilungen zu mildern. Er zeigt nur auf neue, wie sehr er immer bereit gewesen ist, sich den Wünschen der obersten Seerführer zu unterwerfen.

Die politische Leitung stand in so und soviel Fragen im Gegenjag zur militärischen. Das ist, wie der Kanzler ganz richtig hervorhob, eine Selbstverständlichkeit im Kriege. Aber es ist keine Selbstverständlichkeit, daß die Staatsmänner in jedem einzelnen Falle schließlich vor der Generallität zu Kreuze kriechen, und wenn Bethmann daran erinnert, daß ähnliche Differenzen auch 1866 und 1870 bestanden hätten, so sprach er sich damit selbst das schärfste Urteil, denn 1866 und 1870 hat sein Vorgänger Bismarck seinen eigenen Willen gegenüber dem der militärischen Stellen mit ganz anderem Erfolge vertreten. Weil er eben einen ganz anderen Willen besaß. Wer allerdings, wie gestern Bethmann und Zimmermann, stets auf der einen Seite von politischen Erwägungen und auf der anderen Seite von militärischen Notwendigkeiten spricht, der macht es einigermaßen begreiflich, daß seine Überzeugung keinen ersten Kampf mit der der militärischen Halbgoetter gewagt hat.

Aber die Herren haben auch noch eine andere Entschuldigung für den Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Meinung. Zur rechten Zeit stellt sich bei ihnen immer die Rücksicht auf die Wünsche und die Stimmungen des Volkes ein. Bethmann war noch seiner Vereinerung kein Annexionist, und daß er trotzdem im November 1916 zusammen mit Wilhelm II., Hindenburg und dem österreichischen Minister Burian Friedensbedingungen formuliert, die ausgeführte Annexionen enthielten, hatte, wie er sagt, seinen Grund nur in den Rücksichten auf die Stimmungen im Volke. Er hatte zwar am 4. August 1914 die Wiedergutmachung des Belgien zugesagt, Unrechts zum Programm erhoben, aber er durfte sich 1916 zu diesem Programm nicht offen bekennen, denn das Volk, so sagt er, hätte das nicht verstanden. Dem Volk war inzwischen vorgelegen worden. Belgien hätte zuerst die Neutralität verlehrt, und weil das Volk auf diesen Schwandel hineingefallen war, durfte der Kanzler ihn nicht enthüllen. Er hätte sich sonst in Widerspruch zur herrschenden Meinung gesetzt. So sagt er halt die Pflichten eines leitenden Staatsmannes auf.

So ganz wohl ist es ihm freilich nicht in der Rolle eines Gegners der Annexionisten, der selbst annexionistische Ziele aufstellt, und so sucht er dortzutun, daß die Formulierung der Friedensbedingungen eigentlich nur so eine Art von politischem Zeitvertreib gewesen sei. Es wurden Noten gewechselt zwischen Berlin und Wien, zwischen der Reichskanzlei und dem Großen Hauptquartier; es wurde diskutiert und telegraphiert, es wurde der Kaiser bemüht — alles nur so, um etwas zu tun zu haben. Ernst war das alles nicht gemeint. Man veranstaltete nur ein Gesellschaftsspiel und nahm dabei demokratische Rücksichten auf das Volk, vor dem dabei die ganze Sache streng geheim gehalten wurde. So machte man in einer Zeit, als die Zweifel an einem glücklichen Kriegsausgang auch die leitenden Kreise schon längst ergriffen hatten, in Deutschland Politik.

Neben Bethmann Herr Zimmermann. Auch er ein ausgeprägter Demokrat. Das Volk will nichts von einer Wilsonschen Friedensvermittlung wissen, und deshalb erzählt der Staatssekretär des Auswärtigen am 12. Dezember 1916 den Vertretern der Presse, Deutschland mache ein eigenes Friedensangebot, damit der Präsident Wilson die Finger nicht in die Kassette bekomme. Ende November hat er an den Vorkämpfer in Washington telegraphiert, daß Deutschland eine Aktion des amerikanischen Präsidenten einem eigenen Schritt vorziehen werde. Vierzehn Tage später behandelt er den von ihm und seinem Vorgänger wiederholt Angegangenen als den schwarzen Mann, dessen Wägen man vereiteln müsse. Das war Taktik, behauptet er heute, Taktik, zu der ihn innerpolitische Erwägungen zwangen. Er sagte der Presse die Unwahrscheinlichkeit und machte so Stimmung gegen die Wilsonschen Friedensbemühungen, die Deutschland selbst herbeigewünscht hatte. Der Natur- und Corpsburich Zimmermann wollte einmal ein bißchen den Machiavelli spielen. Und er blieb doch ganz einfach ein — nun, sagen wir höflich — ein ungehobelter Taktiker.

Herr Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ bekennt heute bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß die Dinae sich so angetragen haben. Er ist offenbar entrückt darüber, daß die Presse so beschwichtigt wurde. Aber Hand aufs Herz, Herr Bernhard: Hat sich die deutsche Presse während des Krieges nicht oft recht gern belächeln lassen, und hat sie nicht häufig genug Dinge geschrieben, an deren Wahrheit sie selbst stärkere oder geringere Zweifel hegte? Und noch einmal Hand aufs Herz, Herr Bernhard: Hat es nicht Journalisten gegeben, die behaupteten, es sei während des Krieges geradezu Pflicht der Presse, das Publikum zu belügen? Der größte Teil der Organe der öffentlichen Meinung hat heute kein Recht, sich über die Irreführung durch die maßgebenden Stellen zu empören. Er ist so behandelt worden, wie er es wünschte und verdient, und Gerechtigkeit für ihn mag nur die nachträgliche Feststellung sein, daß er gerade Staatsmännern vom Buche eines Zimmermann auf den Leim anhängen ist, für die die Zeit immer wieder als Kunst des Möglichen definierte Politik eine unumgängliche Kunst war.

Wie Koste den 9. November feiert.

Der offizielle Wortlaut des Oberkommando-Erlasses zur Feier des 9. November, dessen wesentlichen Inhalt wir schon gestern brachten, liegt nun vor. Die Bekanntmachung (ges. Koste) lautet:

Für den 9. November d. J. werden alle in geschlossenen Räumen stattfindenden öffentlichen Versammlungen, die den Jahrestag der Revolution zum Anlaß nehmen, genehmigt. Besonderer Anmeldung bedürfen diese Versammlungen nicht. Ausgenommen von der Genehmigung sind Versammlungen, die innerhalb des Raumes stattfinden, der im Norden von der Volkstraße dem Laufe der Spree bis zum Schnittpunkt der Stadtbahn beim Schloß Monbijou, vom Juge der Stadtbahn bis zur Kaiser-Wilhelm-Strasse, von der Alexanderstraße und dem Alexanderplatz (diesen eingeschlossen), vom Laufe der Stadtbahn und der Spree bis zur Michaelstraße, im Osten von der Michaelstraße, dem Michaelplatz und dem Elisabethufer bis zum

Kebanhafen, im Süden vom Landwehrkanal nach Westen bis zur Hohenzollernstraße, im Westen von der Hohenzollernstraße, dem Kleinen Stern, dem Kurfürstentplatz und der Spree begrenzt wird. In diesem Räume dürfen Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden. Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen besonderer Genehmigung; Plätze in der inneren Stadt kommen nicht in Betracht. Straßenumzüge aller Art sind auch am 9. November im gesamten Bereiche des Belagerungszustandes verboten. Dahingehende Anträge können nicht genehmigt werden.

Am 7. November d. J., an dem einzelne Kreise der Bevölkerung den Jahrestag der russischen Revolution zu feiern gedenken, dürfen Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden. Alle Vorschriften infolge des Belagerungszustandes bleiben restlos in Kraft.

Da dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Versammlungsmöglichkeit am 9. November voll Rechnung getragen ist, muß die Beachtung der geringen notwendigen Einschränkungen unter allen Umständen erwartet werden. Gegen Zuwiderhandlungen wird nachdrücklich eingeschritten werden.

Der Wortlaut bestätigt den Inhalt der Vormeldung der „V. P. N.“ und — rechtfertigt damit auch unsere davon geknüpften Betrachtungen.

Abwürgung des Berliner Stadtkommandanten.

Ein heimtückischer Streich der Baltikum-Kamarilla.

Die durch die baltische Affäre grell hervorgetretene Korruption der militärischen Stellen hat einen neuen politischen Skandal gezeitigt. Der bisherige Stadtkommandant von Berlin, Major Kaupisch, ist plötzlich von seinem Posten abgelöst worden, angeblich, weil er nicht die Charge eines Obersten habe. In Wirklichkeit handelt es sich um einen heimtückischen Streich jener Kreise, die über das feste Zugreifen des Stadtkommandanten gegen die deutsch-russischen Menschenhändler und Schieber empört sind. Eine Lokalkorrespondenz berichtet darüber folgendes:

Die einzige Stelle, in der man es recht ernst mit dieser Affäre nahm, war und ist der bisherige Kommandant von Berlin, Major Kaupisch. Dieser Offizier ging ohne jede Rücksichtnahme mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften gegen die Werberzentralen vor. Erst Ende voriger Woche ließ er zugreifen und das Resultat dieser wochenlangen Arbeit war ein geradezu verblüffendes. Es gelang dem Kommandanten, eine ganze Reihe von Werberzentralen auszuheben und mehrere schwarze Agenten zu inhaftieren. Im Interesse der schwebenden Ermittlungen erscheint es nicht ratam, im Augenblick über das Resultat der Aushebung der Werberzentralen hier nähere Angaben zu machen.

So kann es nicht verwunderlich erscheinen, daß die Tätigkeit des Majors Kaupisch im Dienste der Regierung bei den in den amtlich-militärischen Stellen stehenden Gewächskräutern der Aufregung Anlaß erregte. Man suchte und fand alsbald Mittel und Wege, um diesen republikanischen Major zu beseitigen. Zu diesem Zweck entbedte man schließlich, daß der Posten des Kommandanten von Berlin einstweilig durch einen Oberst und nicht durch einen Major besetzt sein müsse. Das Personalamt beim Kriegsministerium veranlaßte daher kurzerhand die Ernennung eines Obersten O., der zu Anfang der Revolution Kommandeur eines biesigen Freiwilligen-Regiments gewesen ist, zum Kommandanten an Stelle des Majors Kaupisch. Die Ernennung erfolgte am Montag.

Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Agenten des Freischärlertrupps des Majors Bischoff hauptsächlich organisiert in ganz Deutschland, vor allem aber in Berlin, arbeiten. Um so mehr mußte es betruenden, daß trotz der Kenntnis, daß ein ganzes Netz von Agenten und Werberzentralen bestünde, von den deutschen militärischen Behörden nicht gegen diese Organisation eingeschritten wurde. Koste und seine Umgebung seien sehr wenig orientiert über die tatsächlichen Vorgänge im weiteren Bereich ihres Ressorts. Bei ihm beachtete zwar der ernste und feste Wille, gegen das baltische Unwetter mit größter Energie und schärfster Strenge vorzugehen. Zur Ausführung aber sei dieser Wille nicht gelangt, da ihm unter- und zwischengeordnete Personen systematisch entgegenwirkten und die Ausführung aller derartigen Anordnungen von oben herab vereiteln. Diese Kamarilla sorgte und sorgt auch heute noch für die Niederhaltung aller Ermittlungen in der Affäre der baltischen Werber; es konnte bis jetzt noch wenig getan werden, um dem einer Verdrängung außerordentlich hneulenden Werber- und Agentenweises zu begegnen.

Die erwähnte Lokalkorrespondenz behauptet, die Absetzung des Majors Kaupisch sei ohne Wissen Koste's und des Generals v. Odershausen erfolgt. Herr v. Odershausen habe abnungslos den von der Baltikum-Kamarilla fabrizierten Postenwechsel unterzeichnet. Es war auch geplant, die erfolgte Ernennung erst nach dem 9. November zu publizieren, wenn Aufregungen über diese Angelegenheit bei den Republikanern nicht mehr zu befürchten waren.

Soweit die Mitteilungen der Korrespondenz, die zu kommentieren wir uns wohl ersparen können. Die geschilderten Vorgänge bilden eine so große Illustration des neuen deutschen Militarismus, der mit Schieberlun, Korruption, Intrigantentum förmlich durchsetzt ist, daß jedes Wort der Erläuterung nur ihre Wirkung abzuwachen könnte. Dah Koste und General v. Odershausen gar so „ahnungslos“ sind, wie hier dargestellt wurde, möchten wir bezweifeln. Doch wie dem auch sei: sie tragen die volle Verantwortung für diesen neuesten Skandal, der auch nach außen hin seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Vormarsch der Bolschewisten.

Ostfriesland, 4. November.

Die Bolschewisten griffen aus der Richtung Pleskau mit starken Kräften unter Benutzung von Panzerautomobilen an. Die Nordwestarmee räumte Luga und Gajschina. Heftige Kämpfe an der ganzen Front. Die Lage der Wolhon Truppen ist schwer.

Eine große Hilfe für die Bolschewisten bedeutet die herangekommene Tanks. Von deutschfeindlicher Seite wurde ausgedrückt, daß die Tanks deutscher Herkunft seien. Nunmehr meldet der Verleiher des „Hufschabladet“, daß die bolschewistischen Tanks zweifelsfrei von der französischen Garnison in Odesa herzuführen. Die Untereinheiten wurden bekanntlich eiligst aus Odesa abtransportiert, wobei Tanks und viel anderes Kriegsmaterial den Bolschewisten überlassen wurden.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Wachsende Ausdehnung.

H. N. Washington, 4. November.

Der wirkliche Umfang des Bergarbeiterstreiks ist erst heute ganz zu übersehen. Wie die Bergarbeiter erklären, befinden sie 100 000 Arbeiter im Ausstand. Nach ihrer Angabe ist der Umfang der Erzeugung auf 10 d. H. zurückgegangen. Die Beamten erklären diese Riffe n allerdings für übertrieben. Wenn oberhalb berichtet, ist jedoch ein Zunehmen des Streiks nicht unbestreitbar. Die Folgen machen sich sogar schon in den anderen zentralen bemerkbar. Viele Betriebe leiden wegen des sich fühlbar machenden Kohlenmangels an ihrer Stilllegung. Bei den Eisenbahnarbeitern scheint der Wunsch nach einer Solidierung des Konfliktes zu bestehen. Ihr Vorschlag, daß die Regierung einen Ausschuss zur Regelung der Arbeiterfragen ernennen solle, wird von der Regierung bereits als Entgegenkommen angesehen.

Ende des Bergarbeiterstreiks in Amerika?

Washington, 4. November. (Havas).

Die Führer der Grubenarbeiter haben den Organisationsrat den Befehl zur Einstellung des Streiks gegeben. Sie haben die Versicherung erhalten, daß die Regierung geneigt sei, in Verhandlungen den Konflikt beizulegen, sobald der Streikbefehl zurückgezogen würde.

Die internationale Arbeitkonferenz.

Washington, 4. November (Havas).

Die internationale Arbeitkonferenz prüfte am Montag die Arbeitslosenfrage. Arthur Fontaine referierte sodann über die Frage der Einstellung der alliierten Arbeiter in den feindlichen Ländern, sowie der feindlichen Arbeiter in den Verbänden der Alliiertenländer. Diese Frage wurde zur weiteren Prüfung an die Kommission für Arbeitslosenfürsorge verwiesen. Eine weitere Kommission ist ernannt worden zur Ausarbeitung eines Berichtes über die Zulassung der finnischen, luxemburgischen und anderen Delegationen. Des Weiteren wurde ein Bericht gemacht, hinsichtlich der Teilnahme der Frauen an der internationalen Arbeitkonferenz.

Die Ueberfahrt der Deutschen.

Washington, 8. November.

Kauter meldet: Das Staatsdepartement hat den deutschen Delegierten der Arbeitkonferenz mitgeteilt, es sei außerhande, ihnen Plätze für die Ueberfahrt mit einem Transportschiffe zu sichern und versuche jetzt, die Ueberfahrt auf einem neutralen Schiffe zu ermöglichen.

Breussische Landesversammlung.

Der Kirchenausritt in Gefahr!

Eine Reihe von kleinen Entzügen, von denen freilich die Hälfte wiederum nicht von der Regierung beantwortet wurden, eröffnete die gestrige Sitzung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen folgende: Die konservativen reden sich gewaltig über die „gewalttätige Kartoffelveranschaffung im Dove-Kreisfeld“ auf. Das Regierungsdepartement: wie demgegenüber auf die Kartoffelveranschaffung der Kartoffel-Tempore in Frage kommen, sondern Zwangsmaßnahmen des Land als amtierend. Eine weitere Angelegenheit des Kön. von der Osten wurde sich gegen die geplante Annahme für die Aufständigen in Obersachsen. Er mußte sich engherhalten lassen, daß die Annahme auf Grund des mit Polen abgeschlossenen Vertrags erfolge. (Aus eigener Initiative geschieht so etwas bei uns selbstredend nicht.) Die Regierung trauerte aber Balsam auf die schmerzende Wunde der Kartoffel-Tempore, indem sie versichert ließ, auch die Traber Regierungstruppen würden wegen begangener Straftaten bestraft werden.

Eine dritte Anfrage beschäftigte sich mit den Lebensmittelpreissteigerungen in Elberfeld. Die Regierung gab den erheblichen Umfang des Lebensmittelmangels an und versicherte, daß alles geschehen werde, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und für künftige Verfehlungen zu unterbinden. Was das ist, das wurde über das Gesetz, betreffend die

Erleichterung des Kirchenausritts.

beraten. Dieses am 18. Dezember 1918 von dem damaligen Volksbeauftragten erlassene Gesetz war am 28. Mai dem Reichsausschuss zur Vorbereitung überwiefen worden. Es ist unbestreitbar aus dem Ausschuss an das Plenum gelangt mit dem Antrage, es zu genehmigen.

Wie nicht anders zu erwarten, traten alle Demokraten in der Versammlung aber doch zu durchsichtiger Form. Sie beantragten, der Austritt solle bei dem hierzu berufenen Vertreter seiner Religionsgemeinschaft persönlich oder schriftlich in bestmöglicher Form angezeigt werden und die Steuerpflicht erst am Ende des laufenden Steuerjahres erlöschen. Die Deutschnationalen und das Zentrum bekämpften das Gesetz ganz offen. Nur die Sozialdemokraten und unsere Genossen traten entschieden für das Gesetz ein.

Genosse Dr. Rosenfeld trat, in wie hohem Maße das Gesetz einem dringenden Bedürfnis weicher Massen entgegen gekommen ist. Er erinnerte an den unerträglichen Gewissensbiss, der früher unter der Herrschaft der Preilassenjagd gerade auf religiösem Gebiete ausgeübt wurde. Dem Generalinspektoren Reichardt, der sich über „stille Verwilderung“ entrüstet hatte, hielt er entgegen, wie gerade die Kirche ihr auf Teil Schuld daran hat, weil sie die Kriegspolitik gutgeheißen hat. Die Zahl der Austritte beweise, wie sehr das Gesetz dem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Demgegenüber suchen sich die Kirchenbehörden statt über das Gesetz hinwegzusehen. Genosse Rosenfeld sprach den Wunsch aus, die werksätige Bevölkerung möge gerade angesichts der drohenden Gefährdung bzw. Verschlechterung des Gesetzes in weitestem Umfange und mit größter Beschleunigung den Kirchenausritt vollziehen, um zu bewirken, daß das Gesetz eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

Die Demokraten befürchteten anheimend eine zu große Wirkung von den Ausführungen des Genossen Rosenfeld und schickten nochmals den Dr. Kade vor, um ihre merkwürdige demokratische Haltung mit allen Mitteln seiner Verehrtheit zu rechtfertigen. Das hatte zur Folge, daß unser Genosse Adolf Hoffmann das Wort noch erbat. Hingab kam ein Schlußwort. Die Wader hatten sich aber bedreht. Unsere Genossen und die Sozialdemokraten waren in der Mehrheit.

Genosse Adolf Hoffmann fertigte die Reaktion mit der ihm eignen Bedenksamkeit und Sicherheit ab. Bei der Abstimmung war Hommelung erforderlich. Er eragb Beschluß, unaufrichtigkeit, da die Forderung auf dem Sozialdemokraten, weil sie sonst eine Niederlage zu erwarten hätten.

Die Verlehrsperre. Die Reichszentralstelle tritt mit: Es ist Anordnung getroffen worden, daß die Verlehrsperre vom 8. bis 15. November unter keinen Umständen zu Störungen in der Durchführung von Kriegsvorgängen führen darf. Demilitarisierte werden durch Anordnungen von Besatzungswachen an Eisenbahnen befristet.

Der Streik in der Metallindustrie.

Bericht der Streikleitung.

Dem Aufruf der Generalversammlung zum Solidaritätsstreik sind am gestrigen Tage 32 000 Kollegen gefolgt. Es kann also festgestellt werden, daß die Solidarität sämtlicher Berliner Metallarbeiter eine vollständige ist. Mit in den Aufruf getreten sind die Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn, Hauptwerkstatt, der Firmen Pintsch, Deutsche Nobel-Industrie, Berliner Zigaretten-Maschinenfabrik, die Firma Niebe, Weissenhof, usw. Im ganzen haben sich 626 Betriebe gemeldet.

Eine am 4. November vormittags tagende Sitzung der Fünfköpfer-Kommission und der Parteileitungen traf Vorbereitungen für den Generallstreik.

Am 5. November findet im Laufe des Nachmittags eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission statt, die Stellung nimmt zum Generallstreik.

Die Fünfköpfer-Kommission. Das Metall-Kartell.

Die übliche Hege.

Die bürgerliche Presse ist treu auf dem Posten, um die Metallindustriellen in ihrem Kampfe gegen die nunmehr geschlossene Metallarbeiterfront zu unterstützen. Sie folgt damit ihrer natürlichen Berufung und bedient sich dabei der üblichen Mittel in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse: der Verdrehung der Tatsachen und der Verleumdung der Motive der Arbeiter.

Voran steht wieder das „Berliner Tageblatt“. In seiner Berichterstattung stützt es sich auf die Darstellung des alten Mollenbuhz. Die Tatsache, daß Mollenbuhz in der Generalversammlung der Metallarbeiter durch die Anwesenheit zahlreicher Beteiligter bößlich zum Schweigen gebracht worden ist, besteht für das Blatt nicht. Was uns nicht wundert.

Wir beschränken uns darauf, die Unwahrheiten der Bourgeoisiepresse, die sich auf den Solidaritätsstreik der Metallarbeiter beziehen, richtig zu stellen, da uns die Situation zu ernst ist, um uns mit diesen Reuten über die Blaudwürdigkeit Mollenbuhz oder ähnliche Gleichgültigkeiten zu unterhalten.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Streikleitung lasse es auf eine gefährliche Kraftprobe ankommen in dem Augenblick, in dem die des Streiks müden Arbeiter in Scharen zu ihren Arbeitsstätten zurückkehren“. Wir haben ähnliche Lügen dieses Blattes erst in unserer gestrigen Abendausgabe nach Gebühr gekennzeichnet. Heute können wir mitteilen, daß sich die Streikmüdigkeit der Metallarbeiter dadurch äußert, daß sie dem Aufruf zum Solidaritätsstreik geschlossen folgen. So sind gestern aus 626 Betrieben mit 32 763 Beschäftigten 31 507 Arbeiter in den Streik getreten. Weitere Betriebe werden folgen, wie nach den zahlreichen telefonischen Meldungen zu urteilen ist, die im Bureau des Metallarbeiterverbandes eingegangen sind. Genauere Feststellungen über den ganzen Umfang des Solidaritätsstreiks sind erst heute möglich.

Das mag sich auch das „8-Uhr-Abendblatt“ gefogt sein lassen, das sich aus „ununterrichteten Kreisen des Verbandes der Metallindustriellen“ mitteilen läßt, daß von einer völligen Stilllegung der Metallindustrie keine Rede sein könne. Die Zahl der Streikenden habe sich nur um 1000 bis 2000 Arbeiter vergrößert.

Das gleiche Blatt bringt folgende Notiz:

Arbeitsminister Schlichte, der seine Vermittlung in Aussicht gestellt haben soll, hat bisher bei den Arbeitgebern noch nicht unterzogen. Sollte dies geschehen, so werden, wie wir weiter hören, die Arbeitgeber eine feste Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiter einnehmen und ihnen nicht weiter als bisher entgegenkommen. Man hält es auch seitens der Unternehmer für zwecklos, weitere Zugeständnisse zu machen, da man der Ansicht ist, daß die Streikleitung dann neue Forderungen aufstellen würde. Der Grund zu diesem Verhalten ist, daß nach Auffassung der Industriellen die radikalen Arbeiterführer alles tun wollen, um die Arbeiter bis zum 9. November von den Betrieben fernzuhalten.

Das nennt man deutlich abgewinkt. Die Begründung für die „feste Haltung“ der Unternehmer ist jedoch so widerlich verlogen, wie selten. In keinem Zeitpunkt der Bewegung haben die Arbeiter ein Nachgeben der Unternehmer mit neuen Forderungen beantwortet. Stets waren es die Unternehmer, die dem ruhigen Verlauf der Verhandlungen, die durch das Nachgeben der Arbeiter erst möglich wurden, neue Hindernisse in den Weg riefen. Sie wollten den Nachkampf. Die Behauptung, daß der Streik der Metallarbeiter irgend welche Beziehungen zum 9. November haben soll, ist so unsinnig, daß sich eine Polemik dagegen völlig erübrigt.

Die Berliner Buchdrucker und der Generallstreik.

Eine stark besuchte Generalversammlung der Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker vom Dienstag Abend nahm nach längerer Aussprache folgende Entschiedenheit an:

Die Generalversammlung spricht den im Kampfe um ideale Grundzüge der Arbeiterklasse stehenden Metallarbeitern ihre vollste Sympathie aus. Die Generalversammlung verlangt jedoch, daß über einen eventuellen Generallstreik der Buchdrucker diese durch Urabstimmung entscheiden sollen.

Welcher wurde beschlossen, aus der Kaufhalle 10 000 Mark den streikenden Metallarbeitern zu überreichen.

Ein anderer Beschluß besagt, daß in Betrieben, in denen von Streikbrechern elektrischer Strom erzeugt wird, die Arbeit mit diesem Strom zu verweigern sei.

Aufkündigungen.

Achtung! Oblaute der Streikenden!

Heute vormittag 1/10 Uhr Sitzung im Oranien Saal der Sophienstraße.

Bergmann, Berlin. Die Ausgabe der Nachzahlung der Streikunterstützung findet von 1-2000 am Mittwoch, den 5. November, bei Rah, Magistraße 12, wie folgt statt: 1-300 von 10 bis 11 Uhr, 301-600 von 11-12 Uhr, 601-900 von 12-1 Uhr, 901-1200 von 1-2 Uhr, 1201-1500 von 2-3 Uhr, 1501-1800 von 3-4 Uhr, 1801-2000 von 4-5 Uhr. Am Donnerstag, den 6. November, von 2001-2300 von 10-11 Uhr, 2301-2600 von 11-12 Uhr, 2601-2900 von 12-1 Uhr, 2901-3200 von 1-2 Uhr, 3201-3500 von 2-3 Uhr, 3501-3800 von 3-4 Uhr, 3801-4100 von 4-5 Uhr, 4101-4400 von 5-6 Uhr. Am Freitag, den 7. November, nachm. 2 Uhr, findet in den Marusäulen, Bären-

straße, eine Betriebsversammlung statt. Pünktliches Erscheinen notwendig, da der Saal um 3 Uhr geräumt sein muß. Die Stempelkarte Nr. 6 in Segefeld ist mit dem heutigen Tage aufgehoben.

Die Stempelkarte Nr. 24 ist von Brauns Festkörpers am Bahnhof Treptow nach Restaurant Johannes Koch, Eisenstraße, Ecke Heibelberger Straße verlegt worden.

Trägerlagergemeinschaft Tempelhof. Mittwoch nachmittag 3 Uhr Betriebsversammlung im Streiklokal. Kontokarten mitbringen.

Ludw. Loewe u. Co., Gutfahrstraße. Donnerstag 10-11 Uhr Ausgabe, 2 Uhr Betriebsversammlung in der „Krone“, Ferd. Schuchardt. Mittwoch vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung aller Kollegen und Kolleginnen, Orpheusstraße, Brückenstraße 2.

S. S. Kabel- und Metallwerk Gartenfelde. Mittwoch vorm. 11 Uhr Versammlung bei Partel, anschließend Unterscheiden der Quittungen. Der 18. Donnerstag mittag nicht unterschrieben hat, bekommt diese Woche keine Unterstützung.

H. G. O. Kabelwerk Oberspre. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die noch keine Streikunterstützung abgeholt haben, müssen sie bis Freitag im Zentralstreiklokal, Wörnera Blumen-garten, Ober-Schöneweide, Pfundstraße, abholen. Bis dahin nicht abgeholtene Unterstufungen kommen nicht mehr zur Ausgabe.

Bau- und Werkstoffgeschäft. Vertrauensmänner-sitzung heute vormittag 10 Uhr, Joststraße. Elektromonteur. Heute nachmittag 5 Uhr im Garde-Rasino, Sophienstr. 84. Brandversammlung. Vertrauensmännerversammlung eine Stunde früher.

Siemens-Schulterwerke, Charlottenburg, Frankfurterstraße 29. Mittwoch vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Quittungen unterschreiben. Brendel u. Ewig. Heute nachmittag 2 Uhr Betriebsversammlung im Streiklokal.

Knorr-Bremse und angehängte Betriebel Ausgabe der Streikunterstützung am Mittwoch, vormittag von 11 bis 1 Uhr, in folgenden Lokalen: Gruppe 1: Peter, Hauptstr. 60. Gruppe 2 und 3: Bellevue. Gruppe 3: Rosinod, Hauptstr. 85. Gruppe 4: Niebe, Gadeper, Alt-Bezogen, Ecke Bühlischstraße. Funktionäre jeder Gruppe um 10 Uhr in obigen Lokalen.

Vollversammlung der Arbeiterräte und Angestelltenausschüsse Groß-Berlins.

Dem Aufruf des Berliner revolutionären Volksgenossen waren die Arbeiterräte und Angestelltenausschüsse der Groß-Berliner Arbeiterschaft in Massen gefolgt, um Stellung zu nehmen zur Situation des Metallarbeiterstreiks. Der große Saal des Etablissements in der Teltower Straße war dicht gefüllt. Selbst Galerien und Bühne waren übersüllt, so daß die einzelnen Redner von der Versammlung sich nicht abheben konnten.

Lieber Ernst lag über der Versammlung. Alle die hier Erhöhrten brachten deutlich zum Ausdruck, daß sie, mit einem starken Verantwortlichkeitsgefühl befaßt, gesonnen waren, um schwere, weittragende Entscheidungen zu treffen. Sie alle waren sich bereits klar über die Situation, als sie den Saal betraten. Sie alle kamen mit bestimmten Vorschlägen ihrer Kollegenschaft, deren Sprachrohr sie sind. Infolgedessen war kein Bedürfnis nach längerer Auseinandersetzungen vorhanden. Der sachliche Ernst der Verhandlungen entsprach der Bedeutung der Situation.

Genen vom Volksgenoss, der die Versammlung leitete, erteilte nach der Eröffnung dem Genossen Matzahn das Wort. Er wies auf die Erörterungen in der vorigen Vollversammlung hin, die sich eingehend mit der Entstehung des Kampfes der Metallarbeiter beschäftigt hatte. Jetzt handelte es sich nicht mehr um Durchsetzung der materiellen Forderungen der Arbeiter, sondern um die Erfüllung der beschriebenen Rechte der Arbeiterschaft, die sie in der Revolution sich erarbeitet hat. Es sei gemäß charakteristisch, daß man am Jahrestage der Revolution einen beratenden Kampf noch führen müsse.

Genosse Matzahn schilderte dann das Mandat der Rechtssozialisten, um sich der Mitunterzeichnung des Auftrages an die Gesamtarbeiterschaft, Solidarität zu üben, zu enthalten. Im Interesse der Einheitslichkeit der Bewegung habe die Fünfköpfer-Kommission alles versucht, um einen Zwiespalt in der Arbeiterschaft zu vermeiden. Die Erklärung des Vertreters der S. P. D., daß sie auch dann nicht den Aufruf mitunterzeichnen würden, wenn die Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert sind, beweise, daß sie den Zwiespalt wollten. Die in Frage kommenden Körperschaften haben bereits einen Aktionsausschuß eingesetzt, der die Bewegung leiten solle und die Frage zu prüfen habe, inwiefern lebenswichtige Betriebe vom Streik ausgenommen seien. (Lebhafte Widerspruch.) Darüber brauche also hier nicht gesprochen zu werden. (Widerpruch.) Die Grenze der lebenswichtigen Betriebe werde eng gezogen werden, denn alle Beteiligten seien der Meinung, daß der Kampf kurz und mit aller Schärfe geführt werden müsse. (Zurufe: „Ja endlich“, „Lebhaft Zustimmung“.) Der Volksgenoss beantragte folgende Resolution:

Die Vollversammlung der Arbeiter-Betriebsräte und Betriebsfunktionäre aller Industriegruppen erkennt rückhaltlos die Berechtigung des Ultimatum an, das die Generalversammlung der Metallarbeiter an die Metallindustriellen gestellt hat, um die letzten geringen, dem Proletariat bisher aus der Revolution zugefallenen, Rechte der Arbeiter und Angestellten nicht dem Machtbündel des kapitalistischen Unternehmertums preiszugeben.

Die Vollversammlung erteilt dem Volksgenoss die Ermächtigung, nach ergebnislosem Ablauf des Ultimatum namens der Vollversammlung, den Aufruf zum allgemeinen Generallstreik zu unterzeichnen.

Die Resolution wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Genosse Rusch von der Fünfköpfer-Kommission sagte, er trete in letzter Minute vor die Berliner Arbeiterschaft, um ihre Unterstützung für die kämpfenden Metallarbeiter zu erbitten. Den Abbau der Löhne haben die Arbeiter abgelehnt, auch über die Klassifizierung sei eine Verständigung erzielt worden, nun verfolge das Unternehmertum in letzter Minute die Kämpfenden um die Früchte des vielwöchentlichen Kampfes zu bringen. Genosse Rusch schilderte ebenfalls die Verhandlungen mit den politischen Parteien und beleuchtete dabei das Verhalten der S. P. D. Der Aufruf an die noch arbeitenden Metallarbeiter, ihren kämpfenden Kollegen gegenüber Solidarität zu üben, ist reiflos befaßt worden. (Lebhafte Beifall.) Die U. S. P. D. und S. P. D. Parteien hätten sich ebenfalls hinter die kämpfenden Metallarbeiter gestellt und es sei zu erwarten, daß die Gewerkschaftskommission in ihrer morgigen Sitzung zum allgemeinen Streik aufrufen würde. Nur die S. P. D. verweigere. Heute früh habe der Parteivorstand der S. P. D. in Vertretung seines Mitgliedes Partels erklärt lassen, es sei der Auffassung, daß die in voriger Woche eingeleiteten Verhandlungen ergeben hätten, daß die Institution der Arbeiterräte durch die Zugeständnisse der Unternehmer gesichert seien. (Stürmische Heiterkeit.) Alle anderen noch offenen Fragen seien gewerkschaftlicher Natur, der Parteivorstand lehne es ab, weiter zu verhandeln. Auf die Frage, ob auch die Berliner Bezirksorganisation diese Auffassung teile, entgegnete Partel, daß er dies annehme, wenn er auch für sie keine Erklärung abgeben könne. Die wirtschaftlichen Kämpfe, führte Rusch weiter aus, entwickeln sich immer mehr zu Nachkämpfen der Unternehmer, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richten. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Genen gibt einen Aufruf aus, der von einer dreitausendköpfigen Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der Knorr-Bremse gegen eine Stimme angenommen worden ist. Der Aufruf fordert den sofortigen Generallstreik einschließlich der lebenswichtigen Betriebe. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende verteilte weiter folgendes Schreiben, das von dem Bezirksverband der S. P. D. verfaßt worden ist:

Berlin, den 8. November 1919.

B. G.

Die Unabhängigen und Kommunisten versuchen noch im letzten Moment, den Metallarbeiterstreik zu einem Generallstreik auszubauen. Es besteht unmittelbare Gefahr, daß auch die übrigen Berufe mit einbezogen werden. Nach den Verhandlungen, die stattgefunden haben, besteht keinerlei Grund zur Ausdehnung des Streiks. Es wird also unbedingt weitergearbeitet. Zur Besprechung der ganzen Sachlage findet am Dienstag, den 4. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Wilhelmshof, Wilhelm-Ecke Anhaltstraße, eine Sitzung der Funktionäre des gesamten Verlehdsgewerbes statt, zu der Sie unbedingt erscheinen müssen.

Mit Parteigruch

Bezirksverband Groß-Berlin. Alfred Thomas.

Die Verlesung des Schreibens, dessen Unterzeichner ein Mitglied des gelben Volksgenossen ist, ruft stürmische Entrüstung hervor.

Rusch (S. P. D.) gibt für seine Partei und Fraktion die Erklärung ab, daß sie bereit seien, in dem Aktionsausschuß tatkräftig mitzuarbeiten. Sie würden sofort austreten, wenn irgendwelche, sentimentale Annäherungen, die zu ergreifenden Maßnahmen hemmen sollten. (Stürmische Beifall.)

Stalberg erklärt namens der Fraktion der U. S. P. D., daß diese selbstverständlich hinter den streikenden Metallarbeitern stehe, und sie in ihren Kämpfen unterstützen werde.

Urban, der Vertreter der Lebensmittellieferanten, tritt für Einbeziehung dieser Branche in den Streik ein, worfür er stürmischen Beifall erntet. Heute die Arbeiterschaft 3 Jahre für die Interessen der Bourgeoisie gekämpft, so werde sie auch einige Tage für die Sache des Proletariats hungern.

Auf Vorschlag des Genossen Rumann vom Volksgenoss wird beschlossen, daß die nachfolgenden Redner nur noch die Stellungnahme ihrer Auftraggeber zum Ausdruck bringen sollen.

Ein Vertreter der Buchdrucker bezeugt, daß die Arbeiterschaft in der Buchdruckerei einen größeren Umfang annehmen werde. Wahrscheinlich würden die Zeitung erscheinen. (Große Bewegung.) Redner bekräftigt, daß auch in diesem Falle die „Freiheit“, das einzige Arbeiterblatt Berlins, erscheinen dürfe.

Der Vorsitzende Genen teilt mit, daß noch den ihm eben zugegangenen Berichten heute 31 700 Metallarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben, damit sei die Arbeiterschaft in der Metallindustrie vollkommen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Vertreter der Straßenbahner bedauert den Indifferentismus eines großen Teiles seiner Kollegen, die Funktionäre würden sich aber bemühen, für einen eventuellen Streik einzutreten. Ein Vertreter des Tegetel-Werks erklärt, daß seine Kollegen einen Streikbeschluß voll und ganz ausführen werden. Ein Vertreter der Buchbinder befaßt sich über einen starken Indifferentismus seiner Kollegen, immerhin habe ein großer Teil auf revolutionärem Boden. Insbesondere würden die Hilfsarbeiter in den Druckereien leben sich dem Streik anschließen. Ein Vertreter der Angestellten stellt ebenfalls mit, daß die Revolution bei einem großen Teil seiner Kollegen nicht spurlos vorbeigegangen sei. Dieser werde dem Aufruf zum Streik Folge leisten. Eine ähnliche Erklärung gibt der Vertreter der Steinseher ab. Darauf wird beschlossen, den Aufruf des Volksgenossen zur Abstimmung zu bringen und nachdem die Berichte aus den einzelnen Industriezweigen entgegengenommen. Der oben mitgeteilte Aufruf des Volksgenossen wird einstimmig angenommen. Das Resultat wird lebhaft applaudiert. In der nachfolgenden Aussprache wurde insbesondere von den Angehörigen der lebenswichtigen Betriebe und der Eisenbahner die Ausdehnung des Streiks auf die lebenswichtigen Betriebe gefordert. Ein Vertreter der Omnibusgesellschaft erklärt, daß seine Kollegen sich dem Streik anschließen, wenn die Große Berliner Straßenbahn nicht fährt. Die Eisenbahner und Posten sollen zur selben Stunde eine Versammlung abzurufen, deren Resultat noch nicht vorlag.

In seinem Schlusswort stellte Genosse Matzahn mit, daß die Buchdrucker reiflich sich dem Streik anschließen würden, wenn die Gewerkschaftskommission dazu aufstünde. Bei der Post- und Straßenbahn sei das technische Personal bereits in den Streik getreten, wodurch der Betrieb arg in Mitleidenschaft gezogen werde. Wenn in dem Gebe, der die Versammlung brachte, der Kampf geführt werde, könne kein Ausweg nicht absehbar sein. Redner appellierte an die Versammelten, die Zeit bis zum Eintritt in den Kampf zur Aufklärung unter der Arbeiterschaft auszunutzen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Aufruf, der verlangte, daß bei einem Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen auch das einzige Arbeiterblatt Berlins, die „Freiheit“ erscheinen solle, wurde einstimmig angenommen. Matzahn bemerkte dazu, daß, wenn bürgerliche Zeitungen nicht erscheinen, wir auf die „Freiheit“ verzichten könnten, es gäbe noch andere Mittel, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Lebhaftige Bewegung rief die Mitteilung hervor, daß der Aktionsausschuß mit wichtigen Wirtschaftsgewerben des Reiches in Verbindung getreten sei, um auch diese zum Anschluß an den Kampf zu bewegen. Darauf schloß der Vorsitzende Genen die Versammlung mit den kurzen Sätzen: Ich habe nichts mehr zu sagen, es gilt jetzt nicht zu reden, sondern zu handeln.

Selbsthilfe der Ruhrbergleute gegen Wasser.

T. U. Dortmund, 4. November.

Die Bergschaften verschiedener Bezirke haben beschlossen einstimmig, die Reichsregierung aufzufordern, daß sie eine Verordnung erlassen möge, nach der Wucherer und Schieber an Landesverrätern zum Kriegsverbrechen abzurufen sind. Gefordert wird weiter, daß die Reichsregierung kein Mittel unversucht lassen solle, um die, her Schicksalshärdern abgetriebenen Lebensmittel den Schwerarbeitern anzuführen. Für den Fall, daß die Regierung ihre Pflichten nicht erfüllt, drohen die Bergleute mit Selbsthilfe.

„Freie Welt“

Revolutionsnummer

Der Friedhof der Revolutionsopfer
Der Schwur auf die Revolution
Totenfeier in Paris
Das Golgatha der Revolution von Karl Holz usw.

Bethmanns Ausflüchte.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

(Fortsetzung des Berichtes aus dem gestrigen Abendblatt.)

Wie Verhandlungen mit Amerika.

Professor Goetsch: Ist die Reise, die der Vorkämpfer Gerard Ende September 1916 brann, von einer Expedition als Friedensmission nach Amerika benutzt worden oder nicht? Diese Aufklärung ist in der neutralen, wie in der feindseligen Presse damals geäußert worden, und auch in der deutschen Presse wurden je nach ihrer Stellung hiesigen Hoffnungen oder Befürchtungen geäußert.

Herr v. Bethmann Hollweg: Selbstverständlich konnte ich dem Vorkämpfer keine Aufträge geben, sein Vorgehen lag in seinem freien Willen, er hat auch eine entsprechende Bemerkung in einem Buche gemacht. Unmittelbar nach unserer Zustimmung war er in unsern Hauptquartier, wo ich seinen Vorgesprächen mit dem Kaiser beizuhoorte. Er sagt darüber: „Der Reichslangler sagte mir, die Suffernote sei nunmehr verbindlich und festgelegt worden, jetzt habe Wilson freie Hand zu einer großen Aktion.“ Als mir Vorkämpfer Gerard seine Absicht mitteilte, nach Amerika zu reisen, habe ich mich selbstverständlich in meinem Gespräch mit ihm danach ausgesprochen und ihm gesagt: „Gewiß, wenn der Präsident Schenkling einen Friedensappell an die Kriegführenden richten würde, so wäre mir das sehr angenehm.“ Im diplomatischen und politischen Verkehr und besonders im Verkehr mit dem Vorkämpfer einer fremden Macht, in diesem Falle einer Macht, die uns schon vorher in mancher Angelegenheit gestützt hatte, kann man nicht anders handeln. Eine Instruktion zu geben, war ich dem Vorkämpfer gegenüber nicht in der Lage, ich konnte nur versuchen, durch meine Haltung und die Art meines Gesprächs in ihm einen Eindruck hervorzurufen, von dem ich wünschen konnte, daß er ihn mit nach Amerika nimmt.

Professor Goetsch: Sollte Gerard ein deutliches Bild von jenen Bedingungen mitgenommen, die Sie als maßvoll bezeichneten? Es ist doch über alle diese Fragen, besonders auch über die Ostfrage, eingehend gesprochen worden.

Herr v. Bethmann Hollweg: Was den Osten anlangt, so erklärte der Vorkämpfer mit einer leichten Handbewegung, die östlichen Verhältnisse interessierten in Amerika nicht; darüber ist von ihm mit mir überhaupt nicht weiter gesprochen worden. Sein Interesse richtete sich auf Belgien. Ich habe ihn auf die bezüglich Stellen meiner Rede hingewiesen. In einer solchen Rede sagt er etwa: Selbstverständlich ist es unser Wunsch, Vorkehrung zu treffen, daß Belgien nicht als Vollwert für die Zukunft von der Entente benutzt werde zur Schwächung Deutschlands. Dergleichen habe ich dann, welche Garantien — da ist zum ersten Male das Wort Garantie gefallen, das so viel Staub in der Welt aufgewirbelt hat — da gedacht. An diese meine Rede habe ich den Vorkämpfer erinnert, indem ich ihn noch darauf hinwies, daß die näheren Bedingungen natürlich vom Ausgang des Krieges abhängen. Soweit mir vorliegt — es ist schwer, sich genau über die Rede zu äußern — hat Gerard mir gesagt: Ja, über Lüttich ließe sich eher sprechen. Dies habe ich auch in einem Dementi erwähnt. Auch über sonstige Fragen, so über die skandinavische Kräfte, wurde viel gesprochen. Ich mußte in dieser Hinsicht eine ausweichende Sprache führen. Gerard wußte aber, daß ich — bitte dies ohne jeden Hebelklang hinzunehmen — kein Annoncier war. Gerade aus diesem Grunde wurde mir ja scharfe Opposition gemacht, von der ich auch der Vorkämpfer Kunde war. Also, im Hinblick auf den Vorkämpfer abzuwarten, daß ich einen Verhandlungsvorgang anstrebte, daß ich maßvolle Kriegsgläubige verfolgte, und er wußte, daß in politischen Parteien und in der Öffentlichkeit gerade um dieser beiden Punkte willen ein scharfer Kampf gegen mich geführt wurde, von dem er den Eindruck hatte, daß er sich immer mehr zu meinen Ungunsten entwickelte.

Professor Goetsch: Haben Erzählungen den Vorkämpfer Gerard für ein brauchbares Werkzeug für diesen Friedensappell gehalten?

Herr v. Bethmann Hollweg: Ich habe bereits in früherer Sitzung gesagt, daß ich den Eindruck hatte, Gerard sei über die Intentionen seines Präsidenten nicht genau informiert. Ueber diesen rein persönlichen Eindruck — von allem Persönlichen möchte ich gerne absehen — ergibt sich das Maß der Wertschätzung, das ich den Funktionen des Vorkämpfers Gerard beilegte habe.

Die erste Gegenüberstellung.

Professor Goetsch: Hat Graf Bernstorff die Ansicht gehabt, der Vorkämpfer sei über die Absichten seiner Regierung nicht genügend informiert? Herr Graf sagte in einem Telegramm an die Regierung, daß Sie den Vorkämpfer seit langen Jahren genau kennen.

Graf Bernstorff: Ich würde nach meinen Erfahrungen annehmen, daß Gerard erst nach der Reise nach Amerika orientiert war.

Herr v. Bethmann Hollweg: Ich stehe mit der Ansicht des Grafen Bernstorff, daß Herr Gerard bis zum Antritt seiner Reise nicht orientiert war, völlig im Einklang. Was seine Orientierung nach seiner Reise anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß gerade in den Januartagen des Jahres 1917 mir, auch nachdem der U-Boot-Krieg beschlossen worden war, selbstverständlich daran lag, mit äußerster Beschleunigung zu wissen, ob denn irgend eine erfolgversprechende und aussichtsreiche Aktion von Wilson zu erwarten sei, und zwar zu einer Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, den U-Boot-Krieg rückgängig zu machen. So habe ich wiederholt versucht, den Vorkämpfer zu sondieren, ich habe ihn gefragt: „Wie steht es nun in Amerika?“, worauf er mir mit einem gewissen Ton des Vorwurfs gegen seine Regierung gesagt hat: „Ich bin uninformiert.“ Mir scheint, daß dies übereinstimmt mit der Schilderung, daß Präsident Wilson nicht geneigt war, über seine Intentionen über den Kreis seiner allernächsten Vertrauten hinaus Auskunft zu geben. Präsident Wilson hat in mander Beziehung auch gerade in Amerika als eine Spähin gegolten. Mir ist vollkommen klar, daß auch Herr Gerard nicht zu den intimen Vertrauten des Präsidenten gehörte.

Herr Dr. Singheim: Kommt Wilson annehmen, wie fürchten seine Friedensvermittlung, sind Gerard bestimmte Aufzeichnungen gemacht worden, daß wir die Friedensvermittlung Wilsons wünschten oder nicht?

Herr v. Bethmann Hollweg: Diese Frage habe ich heute wie auch schon am Freitag beantwortet. Vorkämpfer Gerard habe ich unmittelbar nach der Suffernote gefragt: „Wir haben soweit noch gegeben, nun hat Wilson freie Hand für seine Aktion.“ Im diplomatischen Verkehr kann man sich nicht anders ausdrücken. Gerard wußte, daß ich den Friedensappell Wilsons wünschte, und Wilson wurde durch unsere Instruktionen an den Grafen Bernstorff darin bekräftigt. Ich bitte Sie aber, auch zu berücksichtigen: Durch das gesamte bürgerliche Deutschland und über diese Kreise hinaus, namentlich in der Armee, und da aus durchaus begründlichen Gründen, habe ich durch die jeden Tag eingehenden amerikanischen Gerichten in die Herzen eine gewaltige Antipathie gegen Amerika eingeprägt. Früher bedeutungsloser Parteien im Reichstag haben ganz offen ausgesprochen, für einen Frieden, der vom Präsidenten Wilson kommen würde, bestünde sich das deutsche Volk. Diese Stimmung war selbstverständlich auch dem Vorkämpfer Gerard bekannt, und er wußte damit rechnen, daß gerade die Kreise, welche diese Antipathie gegen Amerika verheeren, aus ganz begründlichen Gründen warme ausgesprochenen Gegner waren. Mit diesen Konstellationen hat Gerard auch gerechnet, und das hat selbstverständlich seine Einschätzung der Dinge ganz wesentlich beeinflußt.

Herr Dr. Singheim: Sie sagten, daß ein Ineinandergreifen der Wilsonschen Friedensaktion und unserer eigenen Aktion wünschenswert gewesen wäre. Dann hätte es doch am nächsten gelegen, wenn man dem Vorkämpfer mitgeteilt hätte, daß wir eine eigene Aktion machen und hoffen und wünschen, daß Wilson diese Aktion ergötzen möchte. Nun ist aber dem Grafen Bernstorff ausdrücklich mitgeteilt worden, unsere Absicht, eine eigene Friedensaktion zu machen, streng vertraulich und nur für sich persönlich zur Kenntnis zu nehmen. Wenn von einem Doppelspiel die Rede war, so sollte damit gesagt sein, daß Wilson, dessen Friedensaktion wie beabsichtigt hätte, von unserem eigenen Vorgehen nichts erfahren sollte.

Herr v. Bethmann Hollweg: Welche Dinge hätte sich ergeben, wenn ich den Grafen Bernstorff beauftragt hätte, dem Präsidenten Wilson von unserem Friedensangebot Kenntnis zu nehmen, und wenn Wilson dann gesagt hätte, wir möchten das unterlassen, er möchte selbst einen Friedensappell an die Welt richten. Das hätte doch zur Voraussetzung gehabt, daß ich Wilson zu meinem Geschäftsführer ernannt hätte, daß ich ihm eine Disposition über unsere eigenen Aktionen eingegeben hätte. Was wäre

wohl passiert, wenn herausgekommen wäre, daß der Reichslangler alle zukünftigen Aktionen Deutschlands in das Graefen Wilson gestellt hätte. Ich wäre an demselben Tage von meinem Posten weggesetzt worden. Das Ineinandergreifen der beiden Aktionen hat aber trotzdem stattgefunden. Wir hatten am 22. November den Grafen Bernstorff von der Hofkanzlei ein Friedensangebot zu erlassen, in Kenntnis gesetzt. Graf Bernstorff hat keine Bedenken dagegen geäußert, vielmehr hat nach der Berichterstattung des Grafen Bernstorff unser Angebot den Bagittismus in Amerika gefördert. Gerade wenn Wilson von der öffentlichen Meinung seines Landes so abhängig war, und wenn nach den Berichten des Obersten House an den Grafen Bernstorff Wilson durch die öffentliche Meinung gehindert war, ernsthaft etwas gegen England zu unternehmen, mußte eine Stärkung der pazifistischen Bewegung in Amerika für Wilson von größtem Wert sein.

Herr Abg. Warmuth zum Grafen Bernstorff: Sie hatten am 22. November telegraphisch von der Hofkanzlei ein Friedensangebot zu erlassen, Kenntnis bekommen. Was haben Sie daraufhin getan? Bei den Akten befindet sich keine Antwort von Ihnen.

Graf Bernstorff: Ich habe gar nichts unternommen, bis aber mit Oberst House fortlaufend in Verbindung gewesen. Ich habe die Mitteilung vom 22. November als die Ankündigung einer feststehenden Tatsache angesehen, an der doch nichts mehr zu ändern war. Ich habe auch niemals angenommen, daß unser Friedensangebot die Vermittlung Wilsons verhindern würde. Ich habe nur an eine Erörterung der diplomatischen Stellung Wilsons infolge dieses Friedensangebotes gedacht. Erst später habe ich bei Besprechungen mit Oberst House gehört, daß Wilson beabsichtigt, daß unser Friedensangebot eine geringere Meinung bei der Entente erwecken würde, seine Friedensvermittlung anzunehmen.

Ein taktisches Manöver.

Kunze beginnt die Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Zimmermann.

Herr Abg. Warmuth: Nach einer Mitteilung der „Westfälischen Zeitung“ haben Sie in einer vertraulichen Besprechung mit der Presse erklärt, daß wir unser Friedensangebot am 12. Dezember erlassen hätten, um der Aktion des Präsidenten Wilson zuzugreifen?

Zimmermann: Es ist mir sehr wohl erinnerlich, daß ich eine derartige Bemerkung gemacht habe. Ich habe mich dabei wesentlich von innerpolitischen Erwägungen leiten lassen. Eine Friedensvermittlung Wilsons war der Reichheit des deutschen Volkes (?) und des Reichswohl im höchsten Grade unsympathisch. Auf der anderen Seite konnte ich mich der Sorge nicht verschließen, daß unser Friedensangebot nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns als eine Bitte um Frieden und als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte und daher berücksichtigt werden würde. Deshalb kam es mir darauf an, daß die deutsche Presse möglichst geschlossen hinter die Aktion der Regierung treten möchte, weil ich mir daraus bei den Feinden und bei den Neutralen die Wirkung versprach, daß das deutsche Volk geschlossen hinter dem Friedensangebot stünde. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich mich damals dieser Wendung bedient. Ich habe den Herren von der Presse gesagt, daß eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson unmittelbar bevorstehe, daß wir uns einer solchen Vermittlung nicht würden entgegenstellen können, wenn wir uns nicht einen so gewichtigen Neutralen wie Wilson zum Freunde machen wollten. Diese Gründe haben mich bei meiner Erklärung an die Presse geleitet. Sie haben mit den Gründen des Kanzlers für das Friedensangebot nichts zu tun. Für mich war dies

eine Frage der Taktik.

die erreichen sollte, daß die Presse einheitlich hinter die Regierung trat.

Herr Gothein: Sie haben aber auch im Haushaltsausschuß ähnliche Ausführungen gemacht. Sind Sie nicht auf den Gedanken gekommen, daß aus einer solchen Besprechung mit der Presse Einzelheiten heraus werden könnten, und daß man dann diese Haltung, um es ganz auszudrücken, als widersprüchlich ansehen könnte?

Zimmermann: Ich habe auch eine solche Erklärung im Haushaltsausschuß abgegeben. Ich habe mich auseinandergesetzt, aus welchen Gründen wir eine Friedensvermittlung Wilsons in dem Sinne, daß der Präsident eine Friedenskonferenz einberiefe und auf ihr als arbiter mundi, als christlicher Makler aufträte, nicht wünschten. Wohl aber wünschte ich einen Friedensschritt des

27) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Wähler.

Allmählich dämmerte in Jimmies Hirn Verständnis auf. „Genossin Frau Gerrity“ — wiederholte er — „aber — aber ich glaube, Sie seien gegen die Ehe!“

Ein frohes Lächeln antwortete ihm, zwei Reihen Perlentähne leuchteten auf. „Begreifen Sie denn nicht, Genosse Higgins? Jede Frau ist gegen die Ehe — bis sie dem rechten Mann begegnet.“

Dies war zu hoch für Jimmie, er stand mit offenem Munde da. „Ja, aber, ich dachte — ich dachte.“ Er wußte nicht, was er gedacht, auch hatte es ja jetzt keinen Sinn mehr, seinen Gedanken Worte zu verleihen.

Sie natürlich wußte es auch ohne Worte, begriff seinen bestürzten Blick, sein verwirrtes Bestämmel. Sie war ein gutes, kleines Geschöpf, legte ihm die Hand auf den Arm und sagte: „Genosse Higgins, halten Sie mich bitte nicht für gemein.“

„Gemein?“ rief er. „Wieso? Deshalb?“

„Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären ein Mädchen, Genosse Higgins, dann könnten Sie doch einem Mann keinen Heiratsantrag machen, nicht wahr?“

„Nein — das heißt — aber —“

„Nicht, wenn Sie wollen, daß er ja sagt. Sie müssen ihn zwingen, daß er den Antrag macht. Vielleicht ist er schüchtern, und man muß ihn erst auf den Gedanken bringen. Oder er ist nicht gewiß, ob er das Mädchen wirklich haben will, und es muß ihm klar machen, wie begehrenswert es ist. Vielleicht muß es ihm sogar die Angst einflößen, ein anderer könnte es ihm wegknabben. Verstehen Sie jetzt, wie das bei einem Mädchen ist?“

Jimmie war noch immer betäubt, doch begriff er bereits genug, um „Ja“ stammeln zu können. Genossin Boskerville, nein, Genossin Frau Gerrity, reichte ihm die Hand.

„Genosse Higgins, Sie sind ein lieber, guter Mensch, nicht wahr. Sie können mir nicht, und wir wollen Freunde sein?“

Jimmie drückte die weiche, warme Hand, blickte in die leuchtenden braunen Augen und wiederholte einen Teil der geplanten herrlichen Rede: „Immer! Immer!“

Achtes Kapitel.

Jimmie Higgins gerät in die Falle.

I.

Der Weltkrieg dauerte mit stets zunehmender Wut an. Den ganzen Sommer über schlugen die Deutschen auf die französischen und britischen Linien los, während die Engländer auf die Tore Konstantinopels und die Italiener auf die Tore Triests loskammerten. Die Deutschen sandten ihre gewaltigen Luftschiffe aus, um London mit Bomben zu beslegen, und ihre U-Boote, um Passagierdampfer und Vaportschiffe zu versenken. Jedes neue Verbrechen gegen das internationale Gesetz rief neuerliche Proteste der Vereinigten Staaten, Kontroversen in Zeitungen, im Kongress und in Kammern Jährtrabandlung in Reedville hervor.

Am letztgenannten Ort waren freilich die Kontroversen recht einseitig. Alle, die den Laden besuchten, betrachteten die Munitionsindustrie als etwas Flachwürdiges, und verlagern keineswegs ihre Freude, wenn sie von Unfällen beimegeschicht wurde, wenn Werften abbrannten, Eisenbahnbrücken und Schiffe auf der See durch geheimnisvolle Explosionen zerstört wurden. Kammie, ein verdorrter, grauhaariger, stumpfnäsiger, alter Kerl, begann in einem Gemisch von Englisch und Deutsch zu fluchen, sobald jemand der Schiffe Erwähnung tat, die über das Wasser fuhren, mit Munition beladen, welche die deutschen Soldaten mordete. Den knackigen Zeigefinger gegen seine Zuhörer ausgestreckt, erklärte er, die Deutschen Amerikas seien keine Sklaven und würden ihr Vaterland gegen die hinterlistigen Engländer und deren Wall-Street-Söldlinge verteidigen. Kammie hielt eine in deutscher Sprache erscheinende Zeitung und ellide englisch geschriebene Zeitschriften, die für Deutschland Partei nahmen; er pflegte besonders eindrucksvolle Stellen zu unterstreichen und vorzulesen, da gab es alles, dessen sich ein Menschenhirn erinnern, oder was es erfinden konnte, zu Ungunsten Englands, Frankreichs, Italiens und Wall-Streets, sowie der Nation, die Wall-Street gestattete, sie irre zu führen und auszubeuten. Es hat eine Anzahl Ame-

rikauer gegeben, die im Interesse der sozialen Reform ihr eigenes Land geschmäht und das soziale System Deutschlands verherrlicht haben. Diese Argumente benutzten jetzt die deutschen Propagandisten, und Jimmie befürwortete sie in den Versammlungen. Diese verlassend, pflegte er und Weigner sich in eine Wirtshaus zu begeben, wo sie mit Jerry Coleman zusammentrafen, der noch immer reichlich über Hundollarheime für den Trud von Antikriegs-Flugblättern verfügte.

Der alte Kammie hatte einen Knecht namens Heinrich, der ihn von Zeit zu Zeit besuchte. Es war dies ein hochgewachsener, hübscher Burke, besser gekleidet als sein Onkel, und er sprach auch besser englisch als dieser. Schließlich zog er ganz zu dem alten Mann unter dem Vorwand, im Geschäft zu helfen. Jimmie wußte wohl, daß hier keine weitere Hilfe vonnöten war. Am allerwenigsten die Heinrichs, der nicht eine Maßscheide von einer Lenstange zu unterscheiden vermochte, doch ging ihm dies keineswegs an. Heinrich hielt sich im Arbeitsfeld hinter dem Ladentisch auf und plauderte halbamt mit den Kunden. Noch einiger Zeit war er nur mehr selten im Geschäft und verkündete schließlich, er habe in der Empire-Fabrik eine Anstellung gefunden.

II.

Zu den herumlungerten in des alten Kammies Laden hatte sich ein Neuer, ein irischer Arbeiter, namens Reilly, gestellt. Der Irländer war in diesem Krieg ein Problem für sich — der Stachel im Gewissen der Allierten, ihre Ahisslerse, das gebrochene Glied in der Kette ihrer Argumente, und jeder Deutsche freute sich, wenn er einen Irländer sah. Reilly kam einen geplatzten Gummireifen reparieren lassen und verweilte im Laden, seine Ansichten über die Weltlage erklärend. Der alte Kammie klopfte ihm auf die Schulter, schüttelte ihm die Hand, sagte, er gefalle ihm und möge wiederkommen. Reilly tat dies denn auch; wenn er erschien, zog er eine Zeitung, die „Gibbernia“ betitelt war, aus der Tasche, Kammie suchte unter dem Ladentisch die „Germania“ hervor und beide ergingen sich stundenlang in Schwätzungen über das „perfide Albion“. Jimmie, mit einer Reparatur beschäftigt, blickte von Zeit zu Zeit auf und grinste zustimmend.

(Fortsetzung folgt.)

Präsidenten in dem Sinne, daß er den Anstoß zu Friedensverhandlungen gab. In diesem Sinne waren auch meine Instruktionen gehalten und einen Widerspruch kann ich nicht anerkennen. Ich habe natürlich geglaubt, mich auf die strengste Verantwortlichkeit der Herren von der Presse verlassen zu können; sie waren mir als zuverlässig bekannt.

Abg. Göttsche: Zu der Zeit, als diese Mitteilungen in der Presse erschienen, wurde, am 12. Dezember, ein Friedensangebot gemacht, um die Verhandlungen zu beenden. Er wollte nur die Parteien an den Verhandlungstisch bringen.

Zimmermann: Sehr wohl. Aber es bestand die Möglichkeit, daß Wilson mit einem solchen Verlangen hervortreten würde. Jedenfalls wünsche ich eine Einigkeit in der Presse und im Volk. Wenn ich da gefügt hätte, Wilson wolle eine Friedensvermittlung anfragen, so hätte das nicht genügt. Ich möchte sagen, daß Wilson den Frieden vermitteln wollte. Das wollten wir vermeiden und um dem zuvorkommen, griff ich zu diesem taktischen Manöver.

Abg. Dr. Singheim: Wir hatten die Wilsonsche Aktion eingeleitet. Dieses Verhalten der Presse gegenüber aber bedeutete doch eine Beeinflussung der Presse gegen Wilson und gegen die Aktion, die wir selbst hervorgerufen hatten.

Zimmermann: Wilson hatte geglaubt, und deshalb hatten wir uns entschlossen, mit unserem Angebot hervorzutreten. Wir kam es nur darauf an, die öffentliche Meinung für unser Angebot zu erwärmen. Rückfragen auf den Präsidenten Wilson traten dabei zurück.

Abg. Dr. Singheim: Ich spreche nicht davon, daß Sie für Wilson eintreten sollten, wohl aber für die Aktion der Regierung. **Vors. Abg. Warmuth:** Ihnen war es nur darum zu tun, für das deutsche Angebot Stimmung zu machen?

Zimmermann: Absolut, alles andere trat in den Hintergrund. **Minister Dr. David:** Nachdem wir beschlossen hatten, mit einer eigenen Friedensaktion vorzugehen, war dem Grafen Bernstorff telegraphisch die Mitteilung geworden, wir zögen gleichwohl vor, wenn Wilson seine Aktion vor der unserigen machen würde. Die Ausführungen der Presse gegenüber laufen auf das gerade Gegenteil hinaus, denn sie besagen, daß wir unsere Aktion vorzögen und nicht wünschten, daß Wilson seine Aktion vorher mache. Das ist das direkte Gegenteil von dem, was der Presse mitgeteilt wurde. Der Feind nennt das ein taktisches Manöver. Stand er nun innerlich auf dem Boden der Politik, die es für vorteilhafter hielt, wenn Wilson sein Friedensangebot vorher machte, oder wünschte er tatsächlich, daß wir Wilson zuvorkommen müßten?

Zimmermann: Das Datum der Instruktionen an Graf Bernstorff und an die Presse muß auseinandergehalten werden. Die Instruktion an den Grafen Bernstorff erging am 20. November. Damals handelte ich durchaus auf dem Standpunkt, daß ein Schritt Wilsons unserem Schritt vorgezogen werden müßte, weil ein Schritt der Mittelmächte als Wille um Frieden und Bekämpfung der Schwäche vom Ausland und Dabeim aufgefaßt werden müßte. Andererseits glaube ich, daß ein Friedensangebot der Mittelmächte von der Entente leichter abgelehnt werden könnte als eine Friedensanregung Wilsons. Selbst wenn die Wilsonsche Friedensanregung abgelehnt worden wäre, wäre es vorteilhaft für uns gewesen, weil es unsere Stellung gegenüber dem Präsidenten und der ganzen Welt gebessert hätte. Wir hätten Wilson von seiner Voreingenommenheit für uns befreit und hätten ihn zu einer schärferen Stellung gegen seine Feinde veranlaßt. Das nahm ich mir an, und deshalb habe ich damals nach Washington telegraphiert, daß wir eine Friedensanregung Wilsons einem deutschen Schritt den Vorrang geben würden. Ich nahm natürlich an, daß Wilson sich schnell entschließen würde. Aber dann kam die

Unterredung mit Lansing

In der Kammer sagte, die belgischen Deportationen hätten eine schlechte Stimmung gegen uns hervorgerufen. Ich sah darin eine Verletzung ad calendarum graecas. Graf Bernstorff telegraphierte uns, daß Wilsons Schritt sich bis Neujahr hinziehen könne, daß aber auch das noch zweifelhaft wäre, denn er müsse Rücksicht nehmen auf die öffentliche Meinung. Der Schritt Wilsons war also unsicher geworden. Uns aber kam es darauf an, den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen. Wir wollten einen weiteren Wintereinsatz vermeiden und wünschten einen Friedensschritt noch vor Weihnachten. Nun war Europa rest gefallen, ein Ereignis, das in der ganzen Welt Eindruck gemacht hatte. Nach einem solchen Ereignis war es schwer, von uns zu behaupten, wir wären schwach und drohten, zusammenzubrechen. Außerdem beschloß ich mich nicht dem auch vom Reichstagler betonten Gesichtspunkt, daß wir unserem Volke den Eindruck schuldig wären, daß es an uns nicht läge, wenn das Blutvergießen fortgesetzt würde. Alle diese Gesichtspunkte veranlaßten mich, auch dem Friedensangebot vom 12. Dezember zuzustimmen. In diesem Zusammenhang habe ich am Vormittag des 12. Dezember auf taktischen Gesichtspunkten die erwähnte Äußerung in der Pressekonferenz gemacht. Das kann natürlich wie ein Widerspruch erscheinen. Aber das sind eben Mittel, von denen man als Politiker Gebrauch machen muß, wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will.

Minister Dr. David: Durch die Erklärung Lansing soll es zweifelhaft geworden sein, ob Wilson überhaupt ein Friedensangebot machen würde, mindestens wäre es in weite Ferne gerückt. Wenn das richtig ist, dann ist es erst recht nicht verständlich, wie man der Presse sagen konnte, wir wollten unser Friedensangebot rasch machen, um Wilson zuvorkommen. Dann war eine solche Eile gar nicht nötig. Im übrigen hat der Feind noch nicht erklärt, daß er es aus inneren und außenpolitischen Gründen für besser gehalten hätte, wenn die Wilsonsche Aktion vor der unserigen gekommen wäre. Das liegt in der Tat auf der Hand. Selbst wenn die Wilsonsche Aktion gescheitert wäre, so hätten wir auf diese Weise Wilson auf unserer Seite gefunden. Das hätte namentlich im Auge behalten werden müssen, um das große Ziel zu erreichen, Amerika neutral zu halten. Die Entente wäre aber auf der Gegenseite gewesen und hätte die Aktion Wilsons verhindert. Wenn die Sache so gelaufen wäre, so wäre das für uns außerordentlich wichtig gewesen, denn wir hätten verhindert, daß Amerika seine Neutralität aufgab. Das hätte das höchste Ziel der deutschen Politik sein müssen, und darum verheißt ich nicht, daß von der Reichsleitung erklärt werden konnte, wir müssen Wilson zuvorkommen.

Zimmermann: Man kann heute nicht sagen, welche Möglichkeiten hätten eintreten können, wenn dies oder jenes nicht gemacht oder unterlassen worden wäre. Das sind alles Vermutungen. Hier aber handelt es sich um Tatsacheneinstellung. Ich kann dem Minister David nur bestätigen, daß ich einem Schritt Wilsons den Vorrang gegeben hätte. Aber dieser Friedensschritt kam nicht (1) und wie konnten nicht mehr warten. Ich hoffe, daß Wilson sich nun unserem Schritt anschließen würde. Er hatte solange gegögert und konnte sich nicht wundern, wenn wir uns nun zu einem eigenen Schritt entschlossen. Ich stand eben einer Vermittlung Wilsons von vornherein feindselig gegenüber. Dafür hatte ich eine ganze Reihe von Gründen.

Vorsitzender Warmuth: Tritt dann den im Pressecomité anwesenden Staatssekretär Georg Bernhardt als Zeugen auf und verurteilt ihn.

Georg Bernhardt: Ich habe es so verstanden. Ich habe der Friedensaktion Wilsons sehr feindselig gegenübergestanden. Ich habe an, daß Amerika so sehr an der Seite Englands stand, daß es nicht möglich sei, daß der Präsident Wilson eine unparteiische Aktion vornehmen könne. In den Worten des Staatssekretärs habe ich eine Bestätigung meiner Auffassung gefunden. Ich nahm an, daß der Staatssekretär derselben Auffassung ist, daß aus irgendeinem Grunde Wilson eine Friedensaktion vorhatte und daß, um diese zu verhindern, wir das deutsche Friedensangebot machen müßten. (Beifall.) Erst viel später habe ich erfahren, als Bernstorff zurückkehrte, daß auf unsere Veranlassung der Präsident eine solche Friedensaktion vornehmen wollte. Nachdem ich von diesen Dingen Kenntnis erhalten hatte, wie ich in einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ darauf hin, daß damit eine neue Situation geschaffen sei, daß hier ein Doppelspiel vorliege, das ich persönlich für höchst bedenklich halte. Nachdem ich erfuhr, was in Amerika vorgegangen war, war ich aufs höchste erfreut: über den Doppelsinn der Mitteilungen des Staatssekretärs.

Es drohte eine Friedensaktion von Wilson.

Vorsitzender Warmuth: Droht?

Georg Bernhardt: Ich habe es so verstanden. Ich habe der Friedensaktion Wilsons sehr feindselig gegenübergestanden. Ich habe an, daß Amerika so sehr an der Seite Englands stand, daß es nicht möglich sei, daß der Präsident Wilson eine unparteiische Aktion vornehmen könne. In den Worten des Staatssekretärs habe ich eine Bestätigung meiner Auffassung gefunden. Ich nahm an, daß der Staatssekretär derselben Auffassung ist, daß aus irgendeinem Grunde Wilson eine Friedensaktion vorhatte und daß, um diese zu verhindern, wir das deutsche Friedensangebot machen müßten. (Beifall.) Erst viel später habe ich erfahren, als Bernstorff zurückkehrte, daß auf unsere Veranlassung der Präsident eine solche Friedensaktion vornehmen wollte. Nachdem ich von diesen Dingen Kenntnis erhalten hatte, wie ich in einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ darauf hin, daß damit eine neue Situation geschaffen sei, daß hier ein Doppelspiel vorliege, das ich persönlich für höchst bedenklich halte. Nachdem ich erfuhr, was in Amerika vorgegangen war, war ich aufs höchste erfreut: über den Doppelsinn der Mitteilungen des Staatssekretärs.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Feind, daß er sich des Wortlauts der Äußerung des Staatssekretärs nicht mehr erinnere, daß aber ein Kollege ihm erklärt habe, der Staatssekretär habe gesagt: Wir möchten das, damit der Wilson seine Finger nicht in der Pastete habe. Dieser Kollege war der Obersekretär Becker von der „Deutschen Tageszeitung“. Ich war sehr erfreut über die Verurteilung des Staatssekretärs, daß er die Presse damals irrtümlich informierte. Ich mußte annehmen, daß das, was dort in der Presse gesagt wurde, durchaus den Tatsachen entspricht.

Abg. Göttsche: Ist es in solchen Fällen die Pflicht der Regierung, daß die Presse in diesem Sinne weiter arbeitet, der angegebene wurde?

Georg Bernhardt: Die Presse lernt die wirklichen Motive der Regierung kennen und schreibt nun nach ihrer Vorstellung und persönlichen Auffassung das, was sie für richtig hält. Aber unter Würdigung der richtigen Motive der Regierung.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Bernhardt beendet. Es werden weitere Fragen an den Staatssekretär Zimmermann gerichtet.

Abg. Göttsche: Ich frage an, ob der Staatssekretär die Äußerung getan habe: Das Gute bei dem Versuch mit Amerika sei, daß wir diesen Versuch als Friedensvermittler jetzt los sind.

Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich war der Ansicht, daß bei einem einigermaßen neutralen Verhalten Wilsons der Versuch zu vermeiden war. Ich war daher schwer enttäuscht. Wenn ich eine solche Äußerung getan haben sollte, dann nur in dem Sinne, daß es bei einem solchen Verhalten Wilsons wohl besser sei, daß wir mit seinen Friedensvermittlungen zu Ende gekommen seien.

Abg. Göttsche: Sie waren enttäuscht über Wilson? War das Auswärtige Amt nicht stets der Meinung, daß die Erklärung des U-Boot-Krieges nicht bloß zum Abbruch, sondern auch zum Kriege mit Amerika führen würde?

Zimmermann: Gewiß, aber es kam eine neue Wendung dadurch herbei, daß Wilson die Friedensvermittlung anbot. Wir sind auf diese letzte Chance, die sich bot, eingesprungen, um die Gefahr eines Krieges mit Amerika zu vermeiden. Unser Telegramm war recht entgegenkommend abgefaßt. Der Wunsch, zu einer Verhandlung zu gelangen, kommt darin zum Ausdruck. Wir konnten leider die U-Bootfrage nicht sofort abstopfen, weil das technisch unmöglich war. Wir erklärten uns aber sofort bereit, den U-Boot-Krieg einzustellen, wenn Wilson Friedensverhandlungen in Aussicht stellen konnte. Er hätte das durchsetzen können, wenn er es wirklich gewünscht hätte.

Die Deportation der belgischen Arbeiter.

Vors. Warmuth: Bietet mir Auskunft über die Deportationsfrage der belgischen Arbeiter nach Deutschland. In einem Telegramm des Wiener Vizekonsuls Wibel vom 21. Dezember 1918 wird erklärt, daß Gerard es für außerordentlich wichtig hält, daß die Deportation aufhöre. Sie habe außerordentliche Empörung in Amerika hervorgerufen.

Zimmermann: Ich war ein sehr scharfer Gegner dieser Maßnahme, weil sie außenpolitisch sehr schädlich war. Ich habe meinen Standpunkt an den geeigneten Stellen vertreten. Aber die militärischen Notwendigkeiten waren ausschlaggebend. Ich habe versucht, nach Eingang des Telegramms diese Deportation rückgängig zu machen oder wenigstens zu mildern, damit ich in der Lage war, unseren Feinden zu sagen: Die Sache ist durchaus nicht so schlimm. Es war für mich sehr fatal.

Vorsitzender Warmuth: Konnten Sie nicht in noch intensiverer Weise dagegen auftreten, da Sie die politische Stimmung in Amerika kannten?

Zimmermann: Ich habe intensiv eingegriffen, soweit es mir möglich war.

u. Behmann-Hellweg: Vom politischen Standpunkte aus waren mir diese Deportationen im höchsten Grade unerwünscht. Sie sind als militärische Notwendigkeiten begründet worden, um das Hindenburg-Programm ausführen zu können. Trotzdem habe ich in voller Übereinstimmung mit Bissing dafür gewirkt, daß die Härten beseitigt wurden. Ich habe ihn veranlaßt, nach Belgien zu fahren und mit Hindenburg und Ludendorff weiter darüber zu sprechen. Bissing hat dort auch gewisse Milderungen durchgesetzt. Ich habe mich weiter um Abstellung der Härten bemüht.

Dr. Singheim: Mit den Einzelheiten dieser Frage wird sich ein anderer Ausschuss beschäftigen. Es war eine hochpolitische Frage, die den formellen Protest Amerikas und der Schweiz hervorrief. Die politische Leitung konnte also hier dem Militär gegenüber ihren Willen nicht durchsetzen?

Zimmermann: Es war mir nicht möglich, meine politischen Gesichtspunkte gegenüber den militärischen Notwendigkeiten durchzusetzen.

u. Behmann-Hellweg: Die militärischen Interessen standen den politischen entgegen, die Friedensaktionen Wilsons sind aber dadurch nicht gefährdet worden. Hinsichtlich des Gegenstandes zwischen Militär und Politik bin ich der Ansicht, daß, wenn die Sache so durchgeführt worden wäre, wie Freiherr v. Bissing es ursprünglich beschloß, die Angelegenheit sich hätte völlerrechtlich verhalten lassen können, und daß diese Erregung nicht Platz gegriffen hätte. Wir waren angesichts der unbegrenzten Funktionen zustimmen, wenn sich die Entente zu erpressen hätte, vollkommen abgesehen von der Gefahr von Nachfragen, und wir waren auf die Ausnutzung aller Hilfsmittel im Inlande angewiesen. Da kann man den Standpunkt der Militärverwaltung verstehen, daß das alleräußerste gewesen müßte, um die notwendigen Arbeitskräfte für die Munitionsherstellung freizubekommen. Das müßte auch ich als Reichstagler anerkennen. Wogegen ich eingewandert bin, war die Vermeidung über Belgien, die aus der aufgeregten Stimmung im Ausland entstehen konnten. Wir möchten nun, was wir wollten, wir blieben die Barbaren und Hunnen, die unterdrückt und bestraft werden mußten. Das stand nun einmal bei der Entente fest.

Abg. Dr. Singheim: Ist Ihnen bekannt, daß damals laufende von Menschen gestorben sind, und als die Belgier hierher transportiert waren, die nötige Arbeitsgelegenheit nicht vorhanden war? Diese Erregung, die mit der Deportation verbunden war, mußte doch aus der Welt geschafft werden, um der Friedensaktion freie Bahn zu schaffen?

u. Behmann-Hellweg: Es ist allgemein bekannt, daß militärische Notwendigkeiten fortgesetzt in die politischen Maßnahmen hineinwirkten. Ich darf wohl daran erinnern, daß dieser Dues-

sumus schließlich schon 1808 und 1870 vorhanden gewesen ist, und was waren das für Minimalfragen gegen dieses Vorkriegsmaß (Beziehung.) Ich bitte doch, bei Beurteilung darüber, wo diese beiden Gezeiten gegen einander gewirkt haben, zu bedenken, daß dies nicht aus bloßem Willen des einen oder anderen geschahen ist, sondern in der Überzeugung, daß die Verantwortung von der einen oder anderen Gezeiten getragen werden mußte, daß diese Forderungen durchgesetzt werden mußten für die Rettung unseres Volkes und Vaterlands.

Vorsitzender Warmuth: Ist nicht in scharfer Form festgelegt worden, daß durch die Deportation der Belgier nicht die Friedensaktion gefährdet werden dürfte?

u. Behmann-Hellweg: Es diese Gegenstände in anderer Weise festgelegt wurden, weiß ich nicht. Die Oberste Heeresleitung war von den Erregungen über die Deportation selbstverständlich unterrichtet, sie brauchte ja nur in eine Zeitung hineinzusehen. Die militärische Leitung war der Ansicht, daß ohne diese Maßnahmen das Hindenburg-Programm nicht durchgeführt sei, daraus ergibt sich auch die Situation der politischen Stellen. Daß viele Belgier gestorben sind, weiß ich, ich weiß, daß Brandstücken schauerhaft unter ihnen gewütet haben. Es ist mir auch bekannt, daß die Arbeitsgelegenheit nicht in genügendem Maße vorhanden war in dem Moment, als die Deportation hier eintraf. Ich habe den militärischen Stellen nahegelegt, alle Belgier, die nach ihrer Verunsicherung für die Arbeit nicht geeignet waren, schnellmöglich zurückzuführen.

Abg. Singheim: Sind nicht von anderen neutralen Mächten außer der Schweiz Korrekturen wegen der Deportation gemacht worden, ist nicht vor allen Dingen von Amerika ein Protest eingelaufen?

Zimmermann: Daß mich sich aus den Akten ergeben, ein Protest aus Amerika ist eingegangen.

Abg. Singheim: Von einer Reihe unserer Gesandten sind dreierlei Berichte über die Schädlichkeit dieser Maßnahme eingegangen, so auch vom Grafen Bernstorff.

Zimmermann: Uns lag daran, in dem gegebenen Zeitpunkt der Friedensvorbereitung diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen. **u. Behmann-Hellweg:** Es wäre politisch logisch das Richtige gewesen, wenn dieser Stein des Anstoßes wirklich beseitigt worden wäre. Aber wie war die Situation? Auf der einen Seite wird von der Heeresleitung diese Maßnahme als kriegsnotwendig bezeichnet, auf der anderen Seite besteht Skepsis wegen der Friedensaktion Wilsons.

Abg. Singheim: Als es sich um das Hilfsdienstgesetz handelte, haben Sie doch darauf gedrungen, daß dieses Gesetz aus politischen Gründen nicht vorzeitig veröffentlicht würde. Es bestand damals doch die Möglichkeit, inländische Arbeiter ständige der Militärverwaltung genügend zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Göttsche: Sie begannen Ihre erste Rede im Reichstag damit, daß dem belgischen Staat und Volk ein Unrecht zugefügt worden sei. Für die Beurteilung der belgischen Kriegsführung ist dieses Anerkenntnis von größter Wichtigkeit geworden. Wäre das nicht Anlaß gewesen, die Gefahr eines erneuten Unrechts zu beseitigen und diese zu verhindern, bevor eine Friedensaktion unternommen werden konnte?

u. Behmann-Hellweg: Ich hätte selbstverständlich gewünscht, daß unser Friedensangebot und Wilsons Aktion nicht durch andere Vorkommnisse des Krieges durchkreuzt werden müßten, aber auch die Stellung eines Reichstagsabgeordneten ist ungeheuer schwer, wenn militärische Autoritäten Maßnahmen fordern, ohne die sie nicht glauben den Krieg gewinnen zu können. Ich möchte mir da doch den Einwurf gefallen lassen: Wollen wir immer nur von den eigenen Sünden und völkerrechtlichen Anomalien sprechen, wo wir einer völkerrechtlichen Anomalie gegenüberstehen wie der Blockade durch England, durch die unser Volk auf Generationen verurteilt worden ist? (Beifall und starke Bewegung.)

Die Münchener Kaiserrede.

Vorsitzender Warmuth: Ist die Rede, die der Kaiser am 18. Dezember in München hielt, die also am Tage nach unserem Friedensangebot herausgegeben ist, vor ihrer Veröffentlichung durch das B. L. A. Euer Erzellenz vorgelegt worden?

u. Behmann-Hellweg: Diese Rede ist mir nicht vor ihrer Veröffentlichung gezeigt worden.

Abg. Schilling: Bestand nicht eine generelle Anordnung, und wen trifft die Schuld, daß diese Rede bei ihrer großen politischen Tragweite Euer Erzellenz nicht vorgelegt worden ist?

u. Behmann-Hellweg: Seine Majestät hat jedesmal, wenn er an die Front gefahren ist, was häufig passierte, Ansprachen an die Truppen gehalten, die selbstverständlich in erster Linie vom militärischen Gesichtspunkt getragen wurden. Politische Fragen haben nicht mitgespielt. Ich habe dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier dahin instructed, daß, wenn politische Bedenken vorliegen, mit mir vor der Veröffentlichung in Verbindung getreten werden müsse. Diese allgemeine Anordnung hat bestanden. Eine Rede, die der Kaiser im Osten gehalten hat, wurde von mir in kleinen Korrekturen herausgegeben, später fand der ursprüngliche Wortlaut doch in den Blättern. Deshalb habe ich die Anordnung gegeben, daß gewissenhaft berührt werde, daß Reden von irgend welcher politischer Bedeutung mir vorgelegt werden müßten. Die Frage hinsichtlich der Münchener Rede muß ich negativ beantworten.

Die Friedensbedingungen Deutschlands.

Vors. Warmuth: Wir kommen jetzt zu unseren Friedensbedingungen, die im Einverständnis mit Oesterreich formuliert worden sind.

Abg. Dr. Singheim: Die mit Baron Curian festgelegten Friedensbedingungen vom 12. Dezember lauteten:

1. Anerkennung des Königreichs Polen; 2. Annexion turbanischer und kaukasischer Gebiete, das im Einverständnis mit dem Königreich Polen eine gute von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland bildet; 3. Handelsvertrag mit Rußland bzw. wirtschaftliche Vorteile; 4. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzustellen sind, eventuell Annexion von Lüttich und eines Landstreifens; 5. Räumung des französischen Okkupationsgebietes mit Ausnahme von Longwy und Brieg gegen Räumung von Elsass-Lothringen, Kriegsschadigung und Kompensationen; 6. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen, eventuell Erwerb des Kongostaates oder eines Teiles desselben; 7. Entschädigung für Auslandsdeutsche; 8. Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich. Dies ergäbe notwendig für den Fall des Erwerbs von Brieg und Longwy.

Die Bedingungen Oesterreichs lauteten: 1. Integrität der Monarchie; 2. geringfügige Grenzverbesserung gegenüber Rußland; 3. strategische Grenzverbesserung gegen Rumänien, Eiserne Tor usw.; 4. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung an Oesterreich, Bulgarien, Albanien, wirtschaftliche Angleichung des Restes an Oesterreich; 5. Wiederherstellung Montenegro mit Grenzberichtigungen; 6. Selbständigkeit Albanien unter österreichischem Protektorat; 7. strategische Grenzverbesserung gegen Italien ohne Anzügen.

Die Akten enthalten den Vermerk Erzellenz Behmanns, daß er die Bedingungen Oesterreichs übertrieben halte, zumal die Russen tief in Galizien ständen. Diese Forderungen sollen nicht eine conditio sine qua non sein, wie aus einem Briefwechsel Hindenburg-Beihmann hervor geht. Nach außen hin stellen sie als Maximalbedingungen, nach innen als Minimalbedingungen ausgefaßt werden. Details bleiben vorbehalten. Diese Bedingungen sind nach Übereinstimmung mit der Oester-

